













# Merseburger Korrespondenz

Ersteinst täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Bezugspreis monatlich 18.00 RM. auswärts Postgebühren. - Durch die Post bezogen 21 Mark einschließlich Post- und Bezugsgebühren. - Einzelnummer 1 Mark. Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

## Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: für den achtspaltenigen Mittelraum 1 RM. im Mittelraum 6.00 RM. für Gehirnanzeigen u. Anzeigen von größerer Ausdehnung. Abdruckpreis eines Zeilenblatts. Schluss der Anzeigen-Nahme: 10 Uhr vormittags. Postfachkonto: Leipzig 39070. Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466. Willkomm für den Kreis Merseburger 4. S. Kreis-Wahlkreisamt.

Amtsblatt für die Stadt Merseburg und Amtsblatt für den Kreis Merseburg, der unabhängigen Unternehmungsblätter, der hiesigen „Am häuslichen Herd“ und der geselligen Unternehmungsblätter, der „Der Chronik von Merseburg“

Ar. 115.

Mittwoch den 17. Mai 1922

48. Jahrg.

### Das Reich und die Finanzen der Gemeinden.

Von Oberbürgermeister Dr. R. S. W. B. R.

Die nachfolgenden Darlegungen des hochverehrten Gemeindefinanzministers von Mitteln gewinnen an Gewicht, da die Gemeinden in den letzten Jahren den Deutschen Städtegesetz besondere Bedeutung. Die Schrift.

Der Reichsfinanzminister hat in der Würzburger Finanzkonferenz die Finanzen der Gemeinden zum Gegenstand kurzer Erörterungen gemacht und hat dort unabweisbar zugeben müssen, daß die Gemeinden erst im Laufe dieses Jahres erlassen werden, mit welchen Steuern ein Einkommen- und Gewerbesteuerertrag sie für das Jahr 1922/23 einbringen zu rechnen haben. Hierin liegt eben das Schwergewicht des finanziellen Glanzes der Gemeinden. Nicht unergründlich ist die wirtschaftliche Moral so sehr, als die Ungleichheit über die eigenen Einnahmen. Eine verantwortliche Finanzpolitik ist auf einer solchen schwachen Grundlage für die Gemeinden überhaupt nicht denkbar, und deshalb stellt sich ganz naturgemäß in manchen Gemeinden eine Depressionspolitik in finanzieller Beziehung ein. Ein Weiteres kommt hinzu. Die Gemeinden erhalten vom Reiche die ihnen für das Jahr 1920 aufzubehaltenden Beträge erst zu einer Zeit, zu der das Geld nur noch einen Bruchteil des Wertes besitzt, den es hatte, als es den Gemeinden rechtlich zuzulassen und tatsächlich zu ihnen gebracht wurde. Diese Beträge waren und sind durchaus nicht eine unabhängige Notwendigkeit, und niemand anders als das Reich ist schuld daran, daß sie so lange ohne Abfertigung bleiben. Es fällt über die Reichsregierung und auch hier vielen Abgeordneten im Reichstage noch vollkommen die Erkenntnis, daß die Gemeindefinanzen durch die Steuererhebung des Reiches zu einem Bestandteile der Reichsfinanzen geworden sind, und daß es Pflicht des Reiches ist, den Gemeinden die Mittel zur Verfügung zu stellen für alle Aufgaben, die die Erhaltung des Reiches mittelbar oder unmittelbar den Gemeinden zuzuwenden. Das Landessteuergesetz hat in den Grundlagel aufgestellt, daß das Reich bei Überweisung neuer Aufgaben den Gemeinden auch die Mittel zu deren Erfüllung mit überweisen muß. In der Praxis der Gesetzgebung aber wird diese gesetzliche Vorschrift nur mangelhaft und unvoll erfüllt. Bei der Einführung der Abgabe der Einkommensteuer sind den Gemeinden ganz erhebliche Stellen aufzuweisen, ohne die Möglichkeit eigener Mittelbeschaffung, das Reichsministerium mit seinen neuen Aufgaben für die Wohnungsverhältnisse und die Arbeitslosenversicherung wird ihnen noch viele Millionen zuzulassen, während der Reichsregierung der Aufgabenverhältnisse in dem von der Reichsregierung erweiterten Umfang allein die Gemeinden werden aufkommen müssen, wiederum ohne die geringste Unterstützung des Reiches ihrer eigenen Mittel. Und wenn das Ungleich ist bringen will, daß das Reichsministerium in seiner jetzt bestehenden Form keine Mittel findet, so wird auch diese von der Reichsregierung vollzogene Zerstückelung des Volkseinkommens in einzelne Lücken mit einem enormen Mehraufwand für die Gemeinden verbunden sein, ohne daß das Reich im entferntesten daran denkt, Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen. Angehörig dieser Zustände ist die Frage durchaus berechtigt, ob das Verhalten des Reiches wirklich so ganz unbillig ist, wie es der Herr Reichsfinanzminister hinsichtlich verläuft.

### Die wahren Gründe für Frankreichs Radikalismus.

Paris, 17. Mai. (Paris-Telegramm) Das französische Budget weist vier Milliarden ungedeckten Reichtum auf. Neue Leistungen verlangt die französische Regierung ihren Bürgern nicht aufzuerlegen. Also muß die Deutung aus den Reparationen kommen. Der Finanzminister begleitet den Etat mit einem Aufschrei, in dem es heißt: „Denn die Regierung von dem französischen Volke neue Opfer verlangt, hat sie die unabweisbare Pflicht, alle Mittel anzunehmen, um den Staat zu bewahren, die Trümmer und Verwundungen wiederherzustellen, die es verursacht hat. Sie können gewiß sein, daß die Regierung mit aller Energie diese Mittel anwenden wird.“ Der „Temps“ fügt noch hinzu: „Die Zahlung der wahren Schuld für die Reparationen ist die oberste Forderung. Sie betrifft weder Veräußerung noch Anleihe.“

### Gemeinlich für den Regisseur.

Genève, 17. Mai. (Genève-Telegramm) Unter Berliner Redaktion. Der italienische Anhangminister Schaner hat Gelegenheit, sich den Kopf zu zerbrechen. Heute soll die politische Kommission zusammentreten, die die Verantwortung für die politische Situation übernehmen. Die Deutschen sind in dieser Angelegenheit anwesend. Die politische Kommission wird aber außerdem auch Fragen zu besprechen haben, die nicht mit der russischen Antwort zusammenhängen, und zur Bekämpfung dieser Fragen ist es notwendig, daß die Wille für sie angestrengt werden. Daher liegt es ob, eine Tagesordnung zu erörtern, die den Eintritt der Deutschen unangenehm vorzieht.

### Manches Hilfswerk.

Genève, 17. Mai. (Genève-Telegramm) An die französischen Finanzen in der öffentlichen Wohlfahrtsfrage ist die russische Regierung und ihre wirtschaftlichen Kollegen, alle Wege an anderer Stelle berichtet wird, dürfte sich eine solche Initiative, in deren Verlauf Kalkül, der russischen Antwort und die anderen Mitglieder des Rates für die Bekämpfung des Anhangs an die Gemeiner Konferenz eintragen, hingegen nach Möglichkeit zu vermeiden, da dies ein Verstoß gegen die Neutralität wäre. Angesichts des allgemeinen Widerstandes (fortgesetzt) gegen die russische Antwort über eine ihrer Kommissionen den Antrag nicht erlassen würde, der Wohlfahrtsrat ihr wenigstens (hier) wieder entgegenwäre. Der Herr erklärte sich damit einverstanden, und nach dem von der russischen Regierung in London über die Bekämpfung des Anhangs an die Gemeiner Konferenz einstimmt an.

ob der Bekämpfung sich tatsächlich zu einer beträchtlichen Tat wird aufzuheben können.

Man soll auch den Gemeinden nicht immer mit der Mahnung kommen, daß sie sich fortwährend überfordern lassen müssen. Gerade das Reich ist zu einer solchen Ermahnung die ungeeignete Stelle. „Schonemann, geh' Du heraus“, so könnten die Gemeinden in einem allen norddeutschen Sprache dem Reiche zurufen. Vor allem ist es ja aber das Reich selbst, das die Ausgaben der Gemeinden durch seine Gesetzgebung immer wieder von neuem in verächtlicher und lächerlicher Hinsicht anzuheben legt. Gemeinlich kann nicht bestritten werden, daß in einzelnen Gemeinden die finanzielle Verantwortlichkeit gegen früher nachgelassen hat, aber es wäre doch sehr verwerflich, einmal festzustellen, in welchem Prozentsatz der Vorzüge die Ausgaben der Gemeinden gestiegen sind und in welchem Prozentsatz die des Reiches. Die Gemeinden brauchen ihrerseits diesen Vergleich nicht im geringsten zu scheuen. Die Herrschaft der Ausgaben ist jedoch unangenehm, wenn die Gemeindefinanzen selbst lebensdienlicher Aufgaben auf kulturelle und wirtschaftliche Gebiete. Eine Vorkaufung darüber wird sehr lehrreich sein, was infolge mangelnder Mittel in einzelnen deutschen Gemeinden an unheimlich dringenden Aufgaben bei unterbleiben müssen. Eine solche Periode der Unterlassungen ist für kurze Zeit erträglich, auf die Dauer stellen sich dann aber Schäden ein, die in Jahrzehnten nicht wieder gutgemacht werden können. Alles in allem drängen die Finanzverhältnisse der Gemeinden von Tag zu Tag mehr zu einem unheilvollen Wandel. Das letzte Ziel

### „Einladung“ Erklärung!

Berlin, 17. Mai. (Telegraphischer Bericht) Berliner Redaktion. Bolzard erklärte gestern bei einer Besprechung mit der Presse, daß Americas Antwort auf die Einladung nach dem Saag nur ein Zirkus sein könne. Man werde erneut eine Einladung nach Washington schicken und hoffe, daß America dann doch an der Saager Konferenz teilnehmen werde.

### Borellige Terminabänderungen.

London, 17. Mai. In ministeriellen Kreisen verläumt gestern abend, daß Lloyd George bereits am Freitag von Genua abfahren und nach London zurückkehren wird, bis zwei Tage mit Beratungen mit Bolzard in Paris verbringen und dann am Montag in London eintreffen werden.

### Frankreich betont wieder seine Genua-Entscheidung.

Paris, 17. Mai. (Paris-Telegramm) Paris vertritt eine offenbar sehr feste Haltung über die geplante Konferenz in Saag, was nach Frankreich, falls die Zusammenkunft im Saag die Konferenz von Genua sei und falls sie politischen Charakter haben sollte, nicht auf ihr bestehen sein werde.

### Der Kapp-Prozess beginnt im Oktober.

Leipzig, 17. Mai. (Telegraphischer Bericht) Berliner Redaktion. In der Angelegenheit des Kapp-Prozesses ist beschlossen worden mit Rücksicht auf die Frankfurter Konferenz und die bevorstehende 2. Operation, die Eröffnung des Prozesses bis zum Schluß der Herbstferien zu verschieben. Die Verhandlungen werden also voraussichtlich im Oktober beginnen.

### Der Dampfer Bismarck.

Berlin, 17. Mai. (Paris-Telegramm) Der Dampfer Bismarck, den wir in England abholen wollten, hat seine erste Fahrt von Southampton nach New York angetreten. Dabei ist es einem amerikanischen Seemann gelungen, das Schiff zu verlassen, und es ist ihm gelungen, in New York zu landen. Der englische Konsul in New York hat dem amerikanischen Konsul mitgeteilt, dass er sich bemühen wird, das Schiff zu beschlagnahmen. Die amerikanische Regierung hat sich jedoch nicht für die Verhaftung des Dampfers interessiert, aber das „made in Germany“ bleibt.

Nach Meldungen aus Genua herrscht dort über die englische amerikanische Ablehnung Bestürzung und Verzerrung. Auch die englische Presse beschäftigt sich eingehend mit der amerikanischen Stellungnahme.

Was an dieser Auffassung ist, das ist in erster Linie die Reaktion gegen Frankreich und dessen frische Haltung in den Eigentumsfragen gerichtet. Einmal ist es sehr unklar, weshalb, weshalb die Note, die England zwischen den Felsen, das Verhalten des Kardinals, ist ein amerikanischer Produktionsfaktor beizubehalten. Es tut sich hier der gewaltige Unterschied zwischen dem Lande des Tralles und dem Lande der roten und bisher ganz mangelhaften kommunikativen Produktionskräfte auf, das jetzt in der Umstellung vermischt, wenigstens gewisse kommunikativen Prinzipien zu retten. In Amerika scheint man das als unbilligste anzusehen. Schließlich ist es ja so, daß die gelungene Note für eine wirtschaftliche Genua-Entscheidung große Vorteile hat. Die amerikanische Note dagegen spricht von Vorbedingungen, ohne welche die Kredit- und die Genua-Entscheidung nicht möglich ist. Das aber deutet doch wohl auf einen Systemwechsel hin, den Amerika, das einzige große Kreditland, überlassen empfindet. Soweit die Note. Die englische Ablehnung der Teilnahme in Genua letzte den Gedanken an den Ausbruch aller Revolutionen und Reparationsfragen. Jetzt ist es in Genua vor allem Welt laut fordernde, erörterte und in einem erneuerten Tempo für sich kämpfende Ausland der Faktor, welchen Amerika gegen seine Teilnahme aufstellt.

Abgesehen davon, daß die amerikanische Antwort noch nicht als abschließend an, sondern nur als einen wichtigen Meinungsentscheid.

### Was sein Termin für die Schlussfassung.

Um der russischen Delegation zur Verantwortung der Verträge Zeit zu lassen, sah man von der Beschleunigung des Tages für die letzte Sitzung ab. Im allgemeinen redet man mit dem Gesamtsatz des Schlußsatz der Konferenz. Die englische Delegation sieht die amerikanische Antwort nicht als endgültig an, glaubt vielmehr, daß der dritte Akt der Antwort eine Zeit zur Verhandlungen offensteht. Sie wird deshalb bereits in der heutigen Sitzung der Unterkommission die Bekämpfung einer Antwort an die amerikanische Regierung vorschlagen.

### Die Bilanz von Genua.

Welche Vollmachten erhält die Haager Kommission? London, 17. Mai. (Paris-Telegramm) Die Haager Kommission, die allgemeine Bilanz dessen, was die Gemeiner Konferenz erreicht hat, heute fest gegeben werden. Ihre Hauptarbeit, namentlich der Bericht über die Verhandlungen, wird in der nächsten Sitzung der Konferenz, die am 20. Mai beginnt, vorgelesen werden. Die Haager Kommission wird nicht die Bilanz der Verhandlungen, sondern die Bilanz der Verhandlungen, die am 20. Mai beginnt, vorgelesen werden. Die Haager Kommission wird nicht die Bilanz der Verhandlungen, sondern die Bilanz der Verhandlungen, die am 20. Mai beginnt, vorgelesen werden.

### Überweisung an den - Röhrenbund.

Genève, 17. Mai. (Genève-Telegramm) Gestern nachmittags fand im Palazzo Reale eine Sitzung der einladenden Mächte statt, in der zuerst die Frage diskutiert und dann die Mächte befragt wurden. Lloyd George erklärte, er sei der Ansicht, daß diese Fragen, wenn auch nicht sofort, in den nächsten Tagen große Gefahren in sich bergen. Die Mächte trauen der (Genua-Entscheidung) gebe nur für drei Monate Schutz, dann aber würden jene Fragen wieder auf werden. Er hoffe, daß der Röhrenbund sich dieser Frage annehmen würde. Nachdem er sich über die Mächte einverstanden, dem Röhrenbund übergeben wurde der Röhrenbund und die Mächte, in der Zwischenzeit eine Erklärung abzugeben, sowie die für die Mächte entlassene Frage eines Selbst an Regieren Meer und die Frage der Bekämpfung der Epidemien und des Hungers als Organ Europas annehmen.

Xrite colorchecker CLASSIC

Dollar heute 283 (gestern 282 1/4).